Die ÖSP ist eine der kleineren Fraktionen im Gemeinderat. Ihre Partei setzt sich vor allem für ökologische und soziale Belange der Bevölkerung ein. Nachhaltigkeit, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit sind ihre Hauptanliegen.

Die ÖSP betrachtet die Entwicklungen in der Innenstadt mit Sorge. Allerdings möchten Sie keinen parteipolitischen Aktionismus fördern, sondern nur nachhaltig wirkende Maßnahmen unterstützen und die Bevölkerung aktiv in die Entscheidungsfindung einbinden.

Dem Antrag auf eine Verlängerung der Sperrzeit steht Ihre Partei skeptisch gegenüber, denn Sie bezweifeln, dass eine solche Regelung den Nutzungskonflikt zwischen Anwohnerschaft und den Besucherinnen und Besuchern der Innenstadt endgültig lösen kann. Vielmehr gelte es, die zumeist jungen Gäste für das Ruhebedürfnis der Anwohnerschaft zu sensibilisieren. Hierfür gilt es aus Ihrer Sicht, unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, die richtigen Maßnahmen zu treffen.

Hinsichtlich eines Alkoholverbotes in der Innenstadt, wie in der Beschlussvorlage G-140/525 gefordert, ist Ihre Partei gespalten. Während einige ein Alkoholverbot auf Grund des Ausmaßes an Gewaltdelikten, Vandalismus, Verschmutzung und Lärmbelästigung unterstützen, sehen andere Parteimitglieder darin keinen gangbaren Lösungsweg. Anstatt einer politischen Lösung favorisieren diese die Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Vereinen und sozial engagierten Gruppen in den politischen Prozess. Statt Polizei oder einem kommunalen Ordnungsdienst (KOD) sollten vielmehr Streetworker und Streetworkerinnen sowie sozialpädagogische Präventionsprojekte das Problem des übermäßigen Alkoholproblems in der Innenstadt lösen. Insbesondere Jugendliche könnten so für die Gefahren des Alkoholkonsums sensibilisiert werden.

Eine Videoüberwachung risikobehafteter Innenstadtbereiche lehnen sie vehement ab. Sie sehen darin eine tiefe Verletzung des grundrechtlich geschützten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Aufgrund des Fehlverhaltens Einzelner darf nicht die Mehrheit unter Generalverdacht gestellt werden. Außerdem führen Sie starke juristische Bedenken an. Es bestehe die Gefahr, dass eine Verordnung zur Videobeobachtung risikobehafteter Innenstadtbereiche im öffentlichen Straßenraum nachträglich richterlich aufgehoben werde – dies würde ein schlechtes Licht auf den Gemeinderat werfen und schwäche dessen Legitimation. Die ÖSP sieht das Ausmaß an Gewaltdelikten und Vandalismus dennoch als ernstzunehmendes Problem und möchte daher nach alternativen Maßnahmen suchen, um die Freiheiten aller zu schützen. Auch hier plädieren Sie für einen zivilgesellschaftlichen Ansatz: Es sollten möglichst viele Bürgerinnen und Bürger am politischen Entscheidungsprozess beteiligt werden.